

Rezensionen

Suren Pillay (Hg.): *On the Subject of Citizenship. Late Colonialism in the World Today*. London – New York, US-NY – Oxford – Neu Delhi – Sidney: Bloomsbury Academic 2023, 231 Seiten (<https://doi.org/10.5040/9781350228986>)

Nahezu 30 Jahre nach dem Erscheinen des epochemachenden Buches *Citizen and Subject, Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism* (1996) des ugandischen Politikwissenschaftlers Mahmood Mamdani soll der vorliegende Sammelband nicht so sehr die sehr beachtliche Wirkungsgeschichte dieses Buches als vielmehr die anhaltende Gültigkeit seiner Thesen und Anregungen überprüfen. Dies geschieht in elf Beiträgen von Autor:innen, die größtenteils aus dem südlichen und nordöstlichen Afrika, Westasien sowie Indien stammen und heute zumeist an südafrikanischen sowie US-amerikanischen Universitäten arbeiten; hinzu kommt eine aktuelle Bestandsaufnahme von Mamdani selbst.

Die einzelnen Beiträge beziehen sich in sehr unterschiedlicher Weise auf *Citizen and Subject*. Die auch hier immer wieder aufgegriffene Grundthese lautet, der koloniale zweigeteilte (*bifurcated*) Staat habe unter den Bewohner:innen der kolonisierten Gebiete zwei grundlegend unterschiedene Kategorien geschaffen und diese der Postkolonie hinterlassen: Bürger(:innen) in den städtischen Bereichen sowie Untertanen in den ländlichen Regionen. Diese Spaltung erscheint als Konsequenz des vor allem im britischen Kolonialreich vorherrschenden Systems der *indirect rule*: Bis auf die städtischen Herrschaftszentren rekrutierte die Kolonialmacht indigene Amtsträger (*chiefs*), denen auf oftmals sehr fragwürdiger oder rein fiktiver Grundlage eine auf Gewohnheitsrecht (*customary law*) des „Stammes“ (*tribe*) beruhende Autorität zugeschrieben wurde. Das bedeutete zugleich, dass diese Amtsträger mit durchgreifenden, von Mamdani als despotisch verstandenen Machtbefugnissen ausgestattet wurden. Zur Legitimation beriefen sie und die Kolonialmacht sich auf das Gewohnheitsrecht, das die *chiefs* in ihrer Funktion als Richter häufig selbst anwendeten. In den Städten galt demgegenüber – auch für Afrikaner:innen, soweit sie über einen dauerhaften Aufenthaltsstatus verfügten – das *common law*. Mamdani wies nun darauf hin, dass sich diese Einteilung nicht geändert habe, auch nachdem die meisten afrikanischen Staaten ihre formale Unabhängigkeit erlangt hatten. Hinzu kam in den Siedlerkolonien – Südafrika, Zimbabwe, Kenya, auch Zambia und mit Varianten Namibia und Algerien – die Privilegierung der Siedlergesellschaft einschließlich der großflächigen Verdrängung Indigener aus ihren Siedlungsgebieten. In den Städten funktionierte die Diskriminierung der Indigenen aus dieser Sicht grundlegend anders als auf dem Land unter neo- oder pseudotraditionaler Herrschaft. Im städtischen Bereich unmittelbarer Herrschaft war *race* die entscheidende Kategorie, während im Bereich der indirekten Herrschaft Ethnizität die beherrschende Rolle spielte. Dies trug in postkolonialer Zeit, aber auch beim konfliktreichen Übergang zur Mehrheitsherrschaft in Südafrika wesentlich zu politisch aufgeladenen Konflikten bei, die oft genug gewaltsam ausgetragen wurden. Die Beibehaltung „traditionaler“ Herrschaftsformen nach der Unabhängigkeit bzw. nach dem Ende der Apartheid bedeutet dann, dass die von

Mamdani als „despotisch“ bezeichneten Verhältnisse andauern. *Citizenship* bleibt nach wie vor einem Großteil derer faktisch vorenthalten, die formal Staatsangehörige sind. Zentral ist dabei die immer wieder in den Beiträgen aufgegriffene Diagnose einer Entkolonisierung ohne Demokratisierung.

Die Einzelbeiträge nehmen teilweise Mamdanis Überlegungen direkt auf, gerade da, wo es um das gegenwärtige Südafrika und das aus dieser Sicht völlig unbewältigte Erbe der Apartheid geht. Andere beschäftigen sich mit (post-)kolonialen, aber auch post-imperialen Formen politischer Ethnizität. So zeichnet der sudanesishe Politikwissenschaftler *Abdelwahab El-Affendi* in der Perspektive eines „Do It Yourself Colonialism“ die kolonialen und postkolonialen Erfahrungen des Sudan nach – im Hinblick sowohl auf die widersprüchliche Konstruktion des „anglo-ägyptischen Kondominium“ nach der Niederwerfung der Mahdi-Herrschaft als auch auf „koloniale Modernisierung“, die im Gegensatz zur „europäischen“ nicht „inklusiv“, sondern „exklusiv“ verlaufen sei (97). Die Übernahme des Staatsapparats nach der Unabhängigkeit habe aufgrund der Fortsetzung des exklusiven Regimes zu den gewaltsamen Konflikten geführt, welche die Geschichte vieler postkolonialer Staaten prägt und hier als Fortsetzung der kolonialen Strukturen gekennzeichnet wird.

Auf ganz andere Weise zeichnet dies *Talal Azad* für die Modernisierungsbestrebungen sukzessiver Herrschaftseliten in Ägypten vom späten 18. Jahrhundert über Mohammed Ali und die Khediven sowie die britische Herrschaft bis zu Gamal Abdel Nasser nach. Dabei verweist er insbesondere unter Anlehnung an Foucault auf das enumerative Interesse staatlicher und betrieblicher Verwaltung. Hieraus ergeben sich strikte Kategorisierung und weiter das Segregieren von Menschen, das eher polyvalente vormoderne/-koloniale Verhältnisse nicht kannte.

Von einer allzu oft vernachlässigten Seite her greift *Nivedita Menon* die Frage der Kontinuität der postkolonialen mit der kolonialen Situation und hier speziell des *customary law* auf: Am Beispiel Indiens, wo unter britischer Herrschaft die meisten der kolonialen Begrifflichkeiten und Strategien erstmals konzipiert und getestet wurden, um dann auch in anderen Erdteilen ihre Wirkung zu entfalten, arbeitet Menon entschieden die patriarchalen, aber auch gegenüber *Dalit* und *Adivasi* (*scheduled tribes*) diskriminierenden Aspekte vor allem im Hinblick auf die Verfügungsmöglichkeiten über Land heraus. Dabei ist es illusorisch, „eine rein indigene Praxis herauszupräparieren“, und zugleich besteht eine „Kontinuität der tribalen Politik“ des kolonialen wie des post-kolonialen Staates in Indien (64). Im Einzelnen geht es um den Kampf um Reformprojekte und die mit der vorgeblichen Gefährdung von Familien durch die rechtliche Stärkung von Frauen operierenden Gegenbewegungen, aber auch um Frauenbewegungen für diese Rechte ebenso wie um den Widerstand der diskriminierten Gruppen. In weiterer Perspektive zeigt sich einmal mehr, dass ein Großteil dieser Probleme weit weniger durch „Tradition“ als vielmehr durch die Verwaltungspraxis des modernen Staates und seine Bestrebungen bedingt ist, die Lesbarkeit der Untertanen zu gewährleisten.

Die Problematik der Ethnizität artikuliert sich in zahlreichen postkolonialen Situationen, nicht zuletzt im Kontext von Versuchen, ethnische Konflikte durch föderale Strukturen zu akkommodieren. Wohl der dem Anschein nach radikalste dieser

Versuche ist seit 1991 der ethnische Föderalismus in Äthiopien nach dem Sturz der Militärherrschaft des Derg. *Namla Thando Matshanda* erläutert die Schwierigkeiten, „zu einem gegenseitig annehmbaren Verständnis äthiopischer Identität zu gelangen“ (106) vor dem Hintergrund der historischen Hierarchie im Kaiserreich, das vom mythologisch überhöhten „christlichen nördlichen Hochland“ (107) aufgrund des Sieges in der Schlacht von Adwa (1896) in weiten Teilen des Horns von Afrika das gegenwärtige Territorium besetzen konnte und sich bemühte, es staatlich zu organisieren. Das ging mit der Hegemonie der christlichen Kerngebiete, insbesondere der Zentralprovinz Shoah und der Amhara-Sprache und -Identität einher, während an der Peripherie „ein mit dem dezentralisierten Despotismus verwandtes System“ (114) etabliert wurde, weitgehend entsprechend dem Konzept Mamdanis. Mit dem Einsetzen des Kalten Krieges spielten auch die weltpolitischen Blöcke in teils dramatischem Wechsel in diese Prozesse hinein, die schließlich Anfang der 1990er Jahre in einer Organisation ethnischer Identität in Form von Föderalstaaten mündete. Die ethnisch kodierten Konflikte wurden dadurch freilich nicht beigelegt – eher erscheint diese Struktur als Ausfluss des Versuchs der siegreichen Koalition unter Führung von Gruppen aus der Region Tigray, angesichts der eigenen minoritären Position ihre Macht zu sichern.

In seinem kurzen Schlusswort unterstreicht *Mamdani* gerade die Probleme von auf staatliche Strukturen projizierter Ethnizität. Anders als „territorialer Föderalismus“ könne „ethnischer Föderalismus“ Probleme des zweigeteilten (*bifurcated*) Staates und auch des politisierten Tribalismus nicht lösen. Zugleich verweist Mamdani auf das in *Citizen and Subject* nicht ausgeführte Problem von „Alternativen zum Problem der Souveränität“. Er verortet dies „jenseits des Bereichs der indirekten Herrschaft“ (218).

Insgesamt ist diese Aufsatzsammlung geeignet, die von Mamdani vor nahezu 30 Jahren angestoßene Debatte neu zu beleben. Sie zeigt klar, dass die Probleme, die Anlass für die damaligen Analysen waren, nach wie vor hoch aktuell und brennend sind.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v45i2.09>

Saleem Badat & Vasu Reddy (Hg.): *Research & Activism. Ruth First & Activist Research*. Pretoria: ESI Press, 297 Seiten (<https://doi.org/10.35293/esi.36>)

Die richtungsweisende südafrikanische Sozialwissenschaftlerin und Journalistin Ruth First wurde am 4. Mai 1925 in Johannesburg geboren. Einhundert Jahre später erinnern südafrikanische Forschende an ihr Werk und fragen nach ihrer Bedeutung für eine kritische Wissenschaft in heutiger Zeit. Zunächst geht es in diesem Sammelband um ihre Biographie, die im ganzen Buch immer wieder zentraler Bezugspunkt ist: Ruth First wuchs in einer Familie jüdischer Einwander:innen auf, ihre Eltern waren vor Pogromen aus Lettland geflohen und gehörten der Kommunistischen Partei Südafrikas an. Zwischen 1942 und 1945 studierte sie Sozialwissenschaften an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg. Nach ihrem BA-Abschluss arbeitete sie erst in der dortigen Stadtverwaltung, dann wurde sie journalistisch tätig. Zwischenzeitlich heiratete sie den Kommunisten und Juristen Joe Slovo, dessen Familie wegen antisemitischer Verfolgung aus Litauen nach Südafrika geflohen war.